

Volkssatz und Volkszeitung hielten sich nun in ihrem Schütteln vor den Ausbeuterstaat.

Wahrhaftig, sie sind einander wert! Doch sie längst keine ernstlichen Differenzen mehr untereinander haben, davon zeugen gerade in der letzten Zeit die lebhaftesten Bemühungen Schröders und seiner Getreuen, die auf eine Wiedervereinigung mit der SPD immer klarer abzielen. Und so ist es mehr als ein Symbol, wenn am gleichen Tage ein Bericht über das Jubiläum im Reichsarbeitsministerium mit den Worten schlicht: "Die Feier schloß (nach einer Ansprache Wissels — D. Red.) mit dem Gesang der 3. Strophe des Deutschlandliedes".

Rassismus in der Lübeder SPD

Eine Riesenunterschlagung folgt der anderen

Am 7. Oktober erhangte sich der sozialdemokratische Hauptfunktionär des Fabrikarbeiterverbandes in Lübeck, Schmöde, in seiner Kasse einen Selbstschlag von 12 000 Mark festgestellt war. In der letzten Versammlung des Verbandes wurde aus dem Protokoll festgestellt, daß Schmöde und auch der 1. Bevollmächtigte, Büll, sich ein höheres Gehalt bewilligt hatten, als ihnen nach dem Verbandsabgabeschluß zustand. Als Belohnung dafür wurde Büll vom Hauptvorstand des Fabrikarbeiterverbandes mit der vorläufigen Vorsitzenden der Rassengehilfe betraut. Schmöde hatte die unterschlagenen Gelder mit anderen Lübeder Verbandsbeamten durch die Kasse gezeigt. Kurz vor dem Selbstmord Schmödes ist Kühl, Hauptfunktionär des Gemeinde- und Staatsarbeiterverbandes, ein Kammer Reichsbannerführer, wegen Unterschleife von 1000 Mark von seinem Posten entfernt worden. Von Kühl wurden dem Sozialdemokratischen Körner, Funktionär im Staats- und Gemeindearbeiterverband, 5000 Mark Unterschlagung nachgewiesen. Sein Vorgänger, Eulert, ein weiterer Kommunistenfreier, hatte zu Beginn der Inflationszeit 28 000 Mark entwendet.

Der Funktionär des Buchdruckerverbandes, beschäftigt beim sozialdemokratischen Volksboten, Johann Barg, wurde der Unterschlagung von 5000 Mark überführt. Das war dann der neueste Fall in der Korruptionsreihe der Lübeder SPD. In der außerordentlichen Verbandsversammlung am vergangenen Freitag bezog Barg die Freiheit, den Vorschlag zu machen, seine Schuld in Raten von 5 Mark abzutragen. Die 5000 Mark würden dann also in 20 Jahren vielleicht abbezahlt sein. Damit verzögerte Barg nur die übliche reformistische Praxis. Vor kurzem wurde zum Beispiel der ehemalige Hauptfunktionär des DMSB in Lübeck, der Sozialdemokrat Eusebius, wieder aufgenommen, der vor 3 Jahren umfangreiche Unterschlagungen begangen hatte und bis heute kaum die Hälfte wieder zurückgezahlt hat.

Die SPD-Presse natürlich schweigt sich über diese Korruptionsreie gründlich aus.

Das schamlose Polizeipräsidium

Der Umschlag zu Wandts "Erotik und Spionage" beschlagnahmt

Wie uns die Dresdner Arbeiterbuchhandlung, Victoriastraße 21, mitteilt, beschlagnahmten heute vormittag Beamte des Dresdner Polizeipräsidiums 19 Umschläge des Buches "Erotik und Spionage" in der Clappe Götts aus Heinrich Wandts Polizeipräsidium als Sittenwächter der alten Weiber bei derlei Geschlechts nimmt Anstoß an den dort abgebildeten Frauenszenen neben dem Offiziersstiel. Der Ausblut mehr oder weniger ihres Beins, der im Zeitalter des kurzen Rockes eine Selbstdienlichkeit ist und mit gelben Spießen auf die Reute fällt, hat das Dresden Polizeipräsidium dagebracht, auch einmal rot zu werden, nämlich schamrot, so schamrot wie die Spieße, die sonst alle gern das Leben, was sie löse verurteilen, aber was für sie nur im Dunkeln existieren darf. Denn was Spieße nicht sehen können, das ist nackte brutale Wahrheit im hellen Licht.

Der Genlehrstuhl der Polizei wird allerdings dem Betrieb revolutionärer Literatur wenig Abbruch tun. Mögen sich die Herrschaften an den beschlagnahmten Bildumschlägen lachen, der anklagende Inhalt des Buches wird durch das Zehnmal des Umschlages niemals abgeschwächt werden können.

Haussuchung auch in Leipzig

Leipzig. Im Hause des Leipziger RSB standen gestern Haussuchungen statt, wobei eine große Anzahl Zeitungen „Die Rote Front“ beschlagnahmt wurde.

Erdrutsche am Lötschberg

Der Eisenbahnverkehr unterbrochen

TU. Basel. Infolge der unauhörlichen Regenfälle haben sich auf der Lötschberg-Linie zwischen Brig und Zalden verhüllte Erdrutsche ereignet, so daß auf dieser Strecke der Eisenbahnverkehr unterbrochen ist. Da die Lötschberg-Linie als Etat für die Verkehrsunterbrechungen auf der Gotthard-Linie stärker herangezogen wurde, ist diese zweite Unterbrechung doppelt störend. Der Verkehr wird durch Umsteigen auf Automobile aufrecht erhalten. Für den Alpenübergang durch die Eisenbahn bleibt jetzt nur noch die Strecke Lavaudanne-Simplon übrig.

Der hilflose Wissell

Er bittet um gut Wetter bei den Unternehmern

Neben der juristischen Begründung für die Verbindlichkeitserklärung des Schiedsspruchs in der Metallindustrie hat der sozialdemokratische Reichsarbeitsminister Wissell noch eine erläuternde Erklärung zu diesem Schiedsspruch abgegeben.

Gammerlicher und latuushafter kann wahrhaftig kein Arbeitsminister, zumal kein sozialdemokratischer, in diesem Augenblick vor den Unternehmern winnen. Lang und breit wird in der Erklärung auseinandergesetzt, man habe einen „Faßmann“ für das Ruhrgebiet als Schlichter eingesetzt und erst „nach langen Überlegungen“ habe sich Wissell für die Verbindlichkeitserklärung entschieden. Dann werden die juristischen Einwände der Unternehmer widerlegt und dann heißt es wörtlich:

„Ferner sei von Arbeitgeberseite auf die derzeitige ungünstige Konjunktur hingewiesen worden. Es müsse zugegeben werden, daß die Ergebnisse des letzten Jahres mit Vorsicht aufzunehmen seien. So sei es richtig, in diesem Zusammenhang auf den langen Ertrag in Schweden hinzuweisen, der die Ruhrindustriellen gezwungen habe, trotz der laufenden Kontrakte teure Erze aus Kanada, Spanien und Indien zu beschaffen. Aber es müsse bedacht werden, daß der Schiedsspruch nicht kurz bestellt sei, sondern 1½ Jahre laufe. Nun sei es aber ohne Zweifel, daß im Laufe dieser 1½ Jahre die Erleichterungen in der Lage auf dem Markt für zugunsten der Ruhrindustrie auswirken werde. Hinzu komme noch die im vergangenen Jahr allenthalben durchgesetzte und auf die neue Arbeitsteilung zurückführende Nationalisierung. Nach erfolgter Durchführung würden nun allmählich die Früchte dieser Nationalisierung von den Arbeitgebern geteilt werden können.“

Die „armen Unternehmer“, die bekanntlich vor Hunger und Not nicht mehr aus und ein wissen, weil sie den Arbeitern so „hohe“ Löhne zahlen müssen, bekommen hier von dem sozialdemokratischen Reichsarbeitsminister Wissell also ausdrück-

Gegenoffensive der Arbeiterklasse!

Die Unternehmer der rheinisch-westfälischen Metallindustrie haben über 200 000 Arbeiter ausgespiert, obwohl ein verbindlich erklärter Schiedsspruch vorlag. Die Begründung der Auspeitung zeigt, daß sich der Schlag der Hüttenbarone gegen die gesamte Arbeiterschaft richtet. Der Deutsche Handelsverein gibt den Standpunkt der Unternehmer mit folgenden Worten wieder:

„Der prinzipielle Standpunkt der Industrie beruht daran, daß angesichts der fortwährenden Schädigung des Erzeugnisses und angesichts des sinkenden Konsums eine generelle Lohnabschöpfung als unmöglich angesehen wird. Die Industrie hat den schweren Entschluß zur Stilllegung gefasst, damit endlich einmal mit dem System, das bei Ablauf eines Tarifvertrages immer wieder neue Forderungen gestellt werden, gebrochen wird. Die Industrie sieht in diesem System einen Rest aus der Inflationszeit, der, wenn nicht endlich damit Schluß gemacht wird, unweichschaft zu neuen Inflationserscheinungen führen muß.“

Klar und deutlich sprechen es die Unternehmer aus, daß sie den Hüttenarbeitern eine vernichtende Niederlage zufügen wollen, um in Zukunft jeder Arbeiterschaft jede Lohnabschöpfung zu verweigern. Das bedeutet, daß der durch den Schamlosen Preiswucher der Unternehmer gelebte Reallohn nicht erhöht, sondern nur immer tiefer hinabgedrückt werden soll. Die Arbeiter haben ja bisher infolge der reformistischen Niederlagenstrategie nicht einmal die Möglichkeit der fortwährenden Erhöhung ausgleichen können. Es ist eine freche Lüge, wenn behauptet wird, der Kriegszeitlohn sei überübertreten. Tatsächlich soll die Senkung des Lohnniveaus noch rücksichtsloser als bisher erfolgen.

Diesen ungeheuren Schlag des Unternehmertums mit einer wuchtigen Gegenoffensive zu beantworten liegt im Interesse der gesamten Arbeiterschaft.

Wenn die Hüttenbarone heute zu einer solchen provolatorischen Auspeitung schreiten, so ist das die Schuld der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer, die überall und immer die

Hallo, Kollege Metallarbeiter!
Was denkt du über den Riesenkampf an der Ruhr?
Was sagen deine Kollegen?
Heute noch schreibe darüber an deine Zeitung:
Die Arbeiterstimme

Forderungen der Arbeiter preisgegeben haben und durch ihre wirtschaftsfreudige Praxis, durch ihre „Wirtschaftsdemokratie“ der Arbeiterschaft eine Niederlage nach der anderen bereitet.

Ermutigt wurde das Unternehmertum außerdem durch die verdrehscheiße Koalitionspolitik der SPD, die unaufhörlich den Schwindel von der „guten Lage“ der Arbeiterschaft wiedehörte, die Panzersteuer bewilligte und die den Hamburger Hafenarbeiterstreit mit faschistischen Methoden niederschlug. Die Unternehmer können sich heute bei ihrer brutalen Lohnabbauoffensive auf den sozialdemokratischen Reichsarbeitsminister Wissell berufen, der erst in diesen Tagen behauptete, daß der Reallohn der Kriegszeit überschritten sei und daß der Anteil des Arbeiters am Ertrag nur steigen dürfe, wenn dieser Ertrag steife steige. Im Interesse der sozialdemokratischen Koalitionspolitik haben die reformistischen Gewerkschaftsführer bei allen Unternehmerprostitutionen der letzten Monate eine witsame Gegenwehr der Arbeiterschaft verhindert und dadurch den Übermut der Kapitalisten aufs höchste gesteigert.

Und jetzt, nachdem die Hüttenbarone 230 000 Arbeiter aufs Straßenplakat geworfen haben, um sie durch den Hunger niederzuzwingen, steht die sozialdemokratische Gewerkschaftsführerseite ihrer verräderlichen Praxis fort. Der Vorstand des DMSB gibt in einem Aufruf bekannt, daß der Kampf nicht etwa um die ursprüngliche Forderung von 15 Pf. Stundenlohn-Erhöhung geführt werden soll, sondern nur um die lumpigen Zuschläge, die der Schiedsspruch vorsieht. Also, nachdem die Unternehmer selbst den verbindlich erklärten Schiedsspruch juriert haben und so gezeigt, daß die Schlichtungsordnung nur ein Aneignungsrecht gegen die Arbeiter ist, sollen die Arbeiter hungern und kämpfen, nur um dem schändlichen Schiedsspruch Geltung zu verschaffen, der für wenige Arbeitnehmer 5 Pf. für einen größeren Teil 2 Pf. und für den Rest überhaupt keine Lohnzulage vorsieht. Die Arbeiter sollen „dem Geck Geltung“ verschaffen, d. h. dem gründlich disreditierten Schlichtungswesen, dem Arbeitsbeschaffungsgesetz der Schlichtungsordnung das Leben verlängern.

Eine solche Zumutung dürfen sich die Metallarbeiter nicht gefallen lassen. Der Kampf muß jetzt für sie mindestens um 15 Pf. Lohnzulage pro Stunde gehen. Oder soll etwa dem Unternehmertum auch noch die Garantie geschaffen werden, daß es bei Auspeppungen überhaupt nichts kostiert? Außerdem soll jetzt nachdem die Hüttenbarone 230 000 Arbeiter aufs Straßenplakat geworfen haben, um sie durch den Hunger niederzuzwingen, steht die sozialdemokratische Gewerkschaftsführerseite ihrer verräderlichen Praxis fort. Der Vorstand des DMSB gibt in einem Aufruf bekannt, daß der Kampf nicht etwa um die ursprüngliche Forderung von 15 Pf. Stundenlohn-Erhöhung geführt werden soll, sondern nur um die lumpigen Zuschläge, die der Schiedsspruch vorsieht. Also, nachdem die Unternehmer selbst den verbindlich erklärten Schiedsspruch juriert haben und so gezeigt, daß die Schlichtungsordnung nur ein Aneignungsrecht gegen die Arbeiter ist, sollen die Arbeiter hungern und kämpfen, nur um dem schändlichen Schiedsspruch Geltung zu verschaffen, der für wenige Arbeitnehmer 5 Pf. für einen größeren Teil 2 Pf. und für den Rest überhaupt keine Lohnzulage vorsieht. Die Arbeiter sollen „dem Geck Geltung“ verschaffen, d. h. dem gründlich disreditierten Schlichtungswesen, dem Arbeitsbeschaffungsgesetz der Schlichtungsordnung das Leben verlängern.

Eine solche Zumutung dürfen sich die Metallarbeiter nicht gefallen lassen. Der Kampf muß jetzt für sie mindestens um 15 Pf. Lohnzulage pro Stunde gehen. Oder soll etwa dem Unternehmertum auch noch die Garantie geschaffen werden, daß es bei Auspeppungen überhaupt nichts kostiert? Außerdem soll jetzt nachdem die Hüttenbarone 230 000 Arbeiter aufs Straßenplakat geworfen haben, um sie durch den Hunger niederzuzwingen, stehen die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer ihrer verräderlichen Praxis fort. Der Vorstand des DMSB gibt in einem Aufruf bekannt, daß der Kampf nicht etwa um die ursprüngliche Forderung von 15 Pf. Stundenlohn-Erhöhung geführt werden soll, sondern nur um die lumpigen Zuschläge, die der Schiedsspruch vorsieht. Also, nachdem die Unternehmer selbst den verbindlich erklärten Schiedsspruch juriert haben und so gezeigt, daß die Schlichtungsordnung nur ein Aneignungsrecht gegen die Arbeiter ist, sollen die Arbeiter hungern und kämpfen, nur um dem schändlichen Schiedsspruch Geltung zu verschaffen, der für wenige Arbeitnehmer 5 Pf. für einen größeren Teil 2 Pf. und für den Rest überhaupt keine Lohnzulage vorsieht. Die Arbeiter sollen „dem Geck Geltung“ verschaffen, d. h. dem gründlich disreditierten Schlichtungswesen, dem Arbeitsbeschaffungsgesetz der Schlichtungsordnung das Leben verlängern.

Die Arbeiter wissen, daß diese lächerlich geringe Erhöhung nicht verhältnismäßig belasten, sondern ein Todesfall ist und mit diesen Hungerpennigen sollen sie 1½ Jahre auskommen.

In dieser Tonart redet Wissell den Unternehmern gut zu und schlägt ihnen alle Vorzüge des Schändlichen Schiedsspruchs.

Die Massenbewußte Arbeiterschaft wendet sich mit Ekel von diesem Laienengewissel eines sogenannten Arbeitervertreter in der Reichsregierung, Hermann Müllers, ab. Sie fordert den Kampf der Klasse gegen Klasse, gegen den Unternehmer und ihre sozialdemokratischen Laien.

TU. Essen, 1. November.

Am Donnerstag morgen ist im Gesamtgebiet der Gruppe Nordwest die Aktionsoptaktion allgemein durchgeführt worden, ohne daß es zu Störungen oder Zwischenfällen kam. Im Hagen Gebiet ist insbesondere eine Komplikation eingetreten, als die Arbeitnehmer den Lohnarif gefündigt haben, obwohl im Hagen schon seit Juli die Akkordzulüsse gezahlt werden, um die Gewerkschaften im Revier kämpfen. Diese Lohnzulüsse werden wahrscheinlich entsprechende Gegenmaßnahmen der Unternehmer des Hagen Bezirk zur Folge haben. Im Bergbau will man zunächst versuchen, mit Feierabend durchzukommen, die von der nächsten Woche ab in größerem Umfang eingezogen werden sollen. Wahrscheinlich wird es sich nicht vermeiden lassen, daß im Laufe der Zeit auch ganze Schachtanlagen stillgelegt werden sollen.

muß jetzt die alte Rechnung in der Arbeitszeitfrage und der Achtkundtag für die Hüttenarbeiter endlich errungen werden. Die sozialdemokratischen DMSB-Führer nehmen im Kampfgebiet zu den Unorganisierten dieleb schädigende Haltung ein wie bisher. Es werden wohl sogenannte Kampfleitungen gebildet, aber von diesen Kampfleitungen werden Vertreter der Unorganisierten mit Hohn ausgeschlossen. Wie soll der Kampf gewonnen werden, wie sollen die Unorganisierten für die freien Gewerkschaften gewonnen werden, wenn man sie derartig behandelt? Es ist also Sache der gewerkschaftlichen Opposition, sich um die Unorganisierten zu kümmern und sie instandzuhalten, bis zum Sieg mitzukämpfen.

Dieselbe verräterische Haltung nehmen die Reformisten in der Unterstützungsfrage ein. Genug damit, daß sie jede Unterstützung der Unorganisierten verweigern, tun sie nicht das genugte, um wenigstens die Auszahlung der Erwerbslosenunterstützung zu erzwingen. Wohl erkennt der Vorwärts diesmal an, daß die Ausgeperter ein Recht auf die Erwerbslosenunterstützung haben, ebenso müssen es die DMSB-Führer anerkennen. Aber es liegt allein in der Hand des Reichsarbeitsministers Wissel, ob die Erwerbslosenunterstützung sofort ausbezahlt wird. In dieser Frage kann die gesamte deutsche Arbeiterschaft sofort unmittelbar den Ausgeperter bestimmen, indem durch den Massenbrand die Auszahlung der Erwerbslosenunterstützung erzwungen wird.

Die gewerkschaftliche Opposition und die Kommunistische Partei werden außerdem alles einzeln, um überall im Auspeppungsgebiet kommunale Unterstützung aller Ausgeperter zu erzwingen.

Durch die Solidarität der gesamten Arbeiterschaft muß auch verhindert werden, daß in anderen Metallbetrieben im Reich irgendwelche Streikarbeit hergestellt wird. Das ist nur eine Solidaritätspflicht der proletarischen Solidarität.

Bei der ungeheuren Bedeutung des Kampfes in der Hüttenindustrie müssen von der Arbeiterschaft darüber hinaus viel stärkere Mittel angewandt werden. Auf diesen Angriff des Kapitals muß die gesamte deutsche Arbeiterschaft mit einem Gegenangriff antworten. Die gewaltige Auseinandersetzung, provoziert durch den Angriff der Hüttenarbeiter, ist ein Kampf Klassen gegen Klasse.

Dienstjungen, die jetzt die Hüttenarbeiter ausspierten, sind die Magnaten der Kriegsindustrie, die zum imperialistischen Krieg treiben. Sie müssen durch die geeignete Arbeiterklasse niedergeschlagen werden.

Durch eine wirkliche Zusammenfassung der klassenbewußten Arbeiterschaft, durch einen solchen politischen Selbstschutz muß die Unternehmertumsoffensive gebrochen werden.

Im ganzen Kampfgebiet müssen überall revolutionäre Streikleitungen gewählt werden, ebenso muß eine zentrale Kampfleitung geschaffen werden.

Arbeiter! Nehmt in allen Betrieben zu dem gewölbten Kampf Stellung! Organisiert den Gegenangriff! Organisiert Sympathiestreiks und präsentiert dabei dem Unternehmertum eure eigenen Forderungen.

Der von den sozialdemokratischen Vertretern propagierte Appell an den kapitalistischen Staat, der Appell an die bürgerlichen Gerichte ist nur ein betrügerisches Mandat, um euch vom Kampf abzulenzen. Wie in jedem Kampf zwischen Kapital und Arbeit entscheidet die Macht, der rücksichtlose entschlossene Kampf.

Datum hinweg über die sozialdemokratischen Parteien des Kapitals, hinweg über die Betrüger, die durch das Schlichtungswesen euch die Streikfreiheit raubten.

Dem niedertäßigen schändlichen Schlichtungswesen muß ein vernichtender Schlag verlebt werden.

Kampf dienen ganzen Arbeiterschaft!

Mit dieser Regelung, niedert mit der Koalitions-politik!

Nur eine Arbeiterrégierung kann die Hüttenindustriellen und die gesamte kapitalistische Ausbeuter-Gesellschaft endgültig niederschlagen. Nur eine Arbeiterrégierung kann den Sozialismus verwirklichen.

Heraus zur Gegenoffensive der Arbeiterklasse!

Im Dienste des Wirtschaftskrieges

Die deutschen Textilarbeiter verdienen zuviel — Die Unternehmer erhöhen die Textilpreise

Berlin, 2. November.

In der gestern abgehaltenen Pressebesprechung der Vertretung der deutschen Arbeitgeberverbände hielten die Geschäftsführer der Textilunternehmer, Dr. Klaucke, eine geradezu höhnische Rede über den Sinn des Kampfes in der Textilindustrie. Zwar gab es zu, daß das Jahr 1927 der Textilindustrie ein glänzendes Geschäft gebracht habe, doch seien die Arbeiter bereits durch Lohnsteigerungen am Gewinn beteiligt. Außerdem liege das deutsche Lohnniveau 40 bis 50 Prozent höher, als in mit Deutschland im Wettbewerb stehenden Staaten. Die Maßnahmen der Unternehmer lösen nur im Interesse des „Wirtschaftskrieges“, für den langfristige Tarifabschlüsse Voraussetzung seien. Das ist eine offene Verhöhnung der mit Hunger und Schändlichkeit bedachten Textilproleten, gleichzeitig aber auch eine Illustration zur sozialdemokratisch-reformistischen Lüge vom „Wirtschaftskrieg im Interesse der Arbeiter“. Was sagen die Textilarbeiter dazu?

Todessturz einer Leipziger Tournierreiterin

Leipzig. Der Leipziger Jagdrennläuf veranlaßte am Reformationsstag in der Grimmaer Gegend eine Parforcejagd. Dabei stürzte die Tournierreiterin Frau Stos aus Leipzig aus dem Sattel und wurde darauf von dem Wild auf den Kopf getötet. Die Unglücksreiter erlitt einen Schädelbruch, an dessen Folgen sie kurz nach der Einlieferung ins Grimmaer Krankenhaus verstarb.

Drei Todesopfer eines Explosionsunglücks